

Kinderarmut in Deutschland und Europa. Wo stehen wir am Ende des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung?

Eine Veranstaltung der AGF und der Vertretung der Europäischen Kommission in
Deutschland am
30. November 2010, Europäisches Haus Berlin

Derzeit lebt in der EU fast jedes fünfte Kind an oder unterhalb der Armutsschwelle. Die Europäische Union hat das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Es sollte das öffentliche Bewusstsein für die Situation der von Armut betroffenen Menschen schärfen und dem politischen Engagement der EU und der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung neuen Schwung verleihen. Dennoch ist die Bekämpfung von Armut von ungebrochener Aktualität.

In der Veranstaltung wurde diskutiert, welche Ergebnisse das Europäische Jahr tatsächlich gebracht, wie sich die Armutssituation der Kinder und Familien in Europa und in Deutschland verändert hat und welche Schritte weiterhin nötig sind für eine effektive Politik gegen Kinderarmut.



Kinderarmut in Deutschland und Europa

Wo stehen wir am Ende des Europäischen
Jahres zur Bekämpfung von Armut und
sozialer Ausgrenzung?

30. November 2010, 14.00 – 17.00 Uhr
im Europäischen Haus Berlin

Kinderarmut – wichtig, aber nicht wichtig genug?

Matthias Petschke, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, betonte in seiner Eröffnungsrede die Wichtigkeit des Themas Kinderarmut. Die Kooperationsveranstaltung mit der AGF sei eine gute Gelegenheit, gemeinsam Flagge zu zeigen. In seiner Rede bekräftigte er, dass die EU im Rahmen ihrer Zuständigkeiten den Kampf gegen Armut auch über das Jahr 2010 hinaus fortsetzen wird und die Mitgliedstaaten mit Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen rechnen könnten. In diesem Zusammenhang kündigte er eine im Januar stattfindende Veranstaltung der Europäischen Kommission in Berlin zur neuen „Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ an.

Für die AGF begrüßte **Edith Schwab** als Vorsitzende die Teilnehmer/innen. Sie wies darauf hin, dass Kinderarmut sowohl individuell als auch gesellschaftlich schwerwiegende Folgen hat und gerade in wohlhabenden Gesellschaften häufig zu Stigmatisierungen führe. In Deutschland sei etwa jedes sechste Kind betroffen. Sie litten unter schwierigen Startbedingungen und fehlenden Zukunftschancen. Ihre Situation würde auswegloser, je seltener sie erleben, dass man aus Armut herauskommen kann. Sie kritisierte, dass es trotz der vorhandenen Erkenntnisse

an politischen Strategien fehle, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen - in Deutschland wie in Europa.

Die Moderatorin der Veranstaltung, **Maria von Welser**, Journalistin und stellvertretende Vorsitzende von UNICEF Deutschland, schilderte, wie sie in Hamburg zum ersten Mal Kinderarmut erlebte. Aus ihren Eindrücken entstand das Buch „Leben im Teufelskreis. Kinderarmut in Deutschland – und keiner sieht hin“. Sie machte aus ihrer Wut und Enttäuschung keinen Hehl und mahnte, die Situation von Kindern dringend zu verbessern und ihnen eine faire soziale Teilhabe zu ermöglichen. Schauen Sie sich die aktuelle politische Entwicklung an, dann müsse dringend weiter über die Beseitigung von Kinderarmut gesprochen werden.



Europäische Perspektiven: Impuls durch Barbara Steffner, Leiterin der politischen Abteilung der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland

In ihrem Impulsreferat sprach Barbara Steffner für die Europäische Kommission. Es sei politisch inakzeptabel, dass in Europa so viele Menschen und insbesondere Kinder von Armut betroffen sind. Die relevanten Politikfelder lägen jedoch in der politischen Verantwortung der Mitgliedstaaten, in Deutschland auch in der Verantwortung der einzelnen Bundesländer. Die Europäische Union habe in diesem Feld lediglich ergänzende und koordinierende Kompetenzen. Seit dem Jahr 2001 habe die EU die Armut jedoch zu einem wichtigen Thema gemacht. 2007 wurde im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) ein Fokusjahr Kinderarmut abgehalten, ausgerichtet besonders auf soziale Randgruppen (wie z.B. Behinderte) und Minderheiten (z.B. Roma). Seither habe das Thema Priorität, auch in den Nationalen Aktionsplänen der Mitgliedstaaten.

Dennoch gehe die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander und die von Armut betroffenen Menschen kämen schwerer aus der Armut wieder heraus. Die im Zuge der Finanzkrise entwickelten Sparpakete der EU-Mitgliedstaaten würden die Situation weiter verschärfen. Hinzu kämen die Herausforderungen der Sozialsysteme durch den demografischen Wandel. Vor diesem Hintergrund, so Steffner, habe die Europäische Union die Strategie Europa 2020 entwickelt. Drei der dort benannten fünf Ziele könnten direkt zur Verbesserung der Armutssituation beitragen: 1. die Erhöhung der Beschäftigungsrate, 2. die Senkung der Schulabbrecherquote und 3. die Reduzierung der Zahl von Armut betroffener Personen um 20 Millionen. Für das dritte Ziel wird es drei verschiedene Indikatoren zur Ergebnisprüfung geben: die Einkommenssituation (d.h. ein verfügbares Einkommen von weniger als 60 Prozent

des nationalen Medians), materielle Entbehrung und die Zahl der Arbeitslosenhaushalte. Deutschland habe den Indikator „Arbeitslosenhaushalte“ vorgeschlagen und werde ihn für sich auch verwenden. Insgesamt setze die Strategie Europa 2020 die Armutsbekämpfung ganz oben auf die politische Agenda der EU.



Die Kommission habe im Rahmen der Strategie Europa 2020 die Leitinitiative „Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ ins Leben gerufen. Diese baue auf der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) auf und setze drei strukturelle Schwerpunkte: eine bessere Verschränkung mit dem ESF, das politische Mainstreaming der Armutsbekämpfung und eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft sowie eine bessere Vernetzung mit den regionalen und lokalen Ebenen.



Bestandsaufnahme Deutschland: Impuls durch Dr. Markus Grabka, DIW Berlin



Dr. Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung legte die Armutsentwicklung in Deutschland offen. Anhand der Daten aus dem Sozio-Ökonomischen Panel (SOEP), die in Deutschland seit 1984 erhoben werden, machte er deutlich, dass auch in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. So gab es in den letzten zehn Jahren in der obersten Einkommensgruppe einen Einkommenszuwachs von 16,6 Prozent. Im Vergleich dazu sank das Einkommen der untersten Gruppe um 9,6 Prozent.

Kinder und Jugendliche von 0 bis 18 Jahren sowie immer stärker auch junge Erwachsene trügen ein besonders hohes Armutsrisiko. Dr. Grabka betonte, dass dies zurzeit die entscheidende Problemgruppe in Deutschland sei: die junge Armut habe drastisch zugenommen. Betrachte man die von Armut betroffenen Haushalte, bestätige sich dieser Befund. Besonders gefährdet seien Haushalte alleinstehender Personen unter 30 Jahren und Alleinerziehende mit Kindern.

Paare mit Kindern seien deutlich weniger betroffen, eine Gefährdung liege jedoch dann vor, wenn die Kinder klein sind sowie bei Paaren mit drei und mehr Kindern. Bei allen gefährdeten Gruppen sei das Armutsrisiko in den zurückliegenden zehn Jahren sehr stark angestiegen.

Von zentraler Bedeutung für die Situationsbeschreibung in Deutschland sei jedoch die Entwicklung der

Einkommensmobilität. Die Chance, aus prekären Einkommensverhältnissen herauszukommen, sei signifikant schlechter geworden. Demgegenüber trügen Wohlhabende ein deutlich kleineres Risiko, aus guten Verdienstverhältnissen heraufzufallen. Deutschland orientiere sich bei dem Niveau der Einkommensungleichheit eher an liberalen Wohlfahrtsstaaten wie Großbritannien und nicht mehr an Wohlfahrtsstaaten wie Frankreich oder den Niederlanden. In Deutschland gebe es im internationalen Vergleich den stärksten Zusammenhang zwischen Armut und Erwerbslosigkeit. Hier stelle sich zwingend die Frage nach der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben. Ein Vollzeitarbeitsplatz reduziere das Armutsrisiko zwar signifikant, allerdings reiche gleichzeitig die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oft nicht mehr aus, um mit dem erzielten Einkommen über die Armutsschwelle zu kommen. Problematisch seien die in Deutschland entstehenden Armutskarrieren durch fehlende Bildungs- und Erwerbschancen, aber auch durch die zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnisse und die abnehmende Einkommensmobilität.

Dr. Grabka mahnte an, dass in der Armutsdiskussion neben der Einkommensarmut gerade bei der Kinder- und Jugendarmut weitere Aspekte einbezogen werden müssten. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass bei der Bildung viel Geld in die vorschulische und tertiäre Bildung fließe. So profitierten genau die Kinder, die aus gut finanzierten Haushalten stammen. Die OECD habe gezeigt, dass Deutschland zwar eine starke Umverteilungspolitik betreibe, die vorhandenen Mittel im internationalen Vergleich aber nur unterdurchschnittlich effizient einsetze. Bei den politischen Maßnahmen gebe es viel zu viele Widersprüche und zum Teil auch falsche Adressaten. Arme Kinder bräuchten zielgerichtete Maßnahmen eines starken Sozialstaats, der ihre Nachteile im Bereich Bildung und Gesundheit aktiv bekämpfte.

Fehlt der politische Wille? Podium mit Edith Schwab, Thomas Mann und Dr. Jens Regg

Die unzureichenden staatlichen Reaktionen auf die Kinderarmut waren auch Gegenstand der nachfolgenden Podiumsdiskussion.



Auf dem Podium saßen Edith Schwab, Vorsitzende der AGF, Thomas Mann, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Europäischen Parlament sowie Dr. Jens Regg, Geschäftsführer Grundsicherung in der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit. Moderiert wurde die Diskussion von Maria von Welser, Journalistin und stellvertretende Vorsitzende von UNICEF Deutschland.

Die Kurzlebigkeit der aktuellen Politik in Deutschland sowie die Ausrichtung auf schnelle Erfolge wurden von Edith Schwab als Hindernisse für eine wirklich effektive Politik benannt. Es fehle ein politischer Masterplan, der Armut in allen relevanten Bereichen bekämpft. Weder gebe es existenzsichernde Arbeitsplätze noch gute Betreuungsmöglichkeiten und Bildungsmaßnahmen oder echte Lernmittelfreiheit. Eine gute Infrastruktur, wie z.B. Ganztagsbetreuung, sei das A und O, um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Offenbar sei die Politik nicht willens, einen umfassenden Plan zu erstellen und anzuwenden. Stattdessen würden Ungleichheiten zementiert und weitervererbt.

Thomas Mann vom Europäischen Parlament widersprach und wies darauf hin, dass auf europäischer Ebene nur Rahmenbedingungen gesetzt werden können.

Mit den Mitteln des ESF würden jedoch Modellprojekte geschaffen, die etwas bewegen. Als Beispiel führte er die intensive Betreuung von Kleingruppen jugendlicher Schüler/innen in Hessen an, die auf diese Weise eine gute Bildung und Ausbildung erhalten. Diese „best practice“-Projekte könnten dann als Modell für andere gelten. Mann räumte ein, dass die Methoden der Politik und die Ergebnisse vielleicht nicht immer richtig seien - der Wille sei jedoch in jedem Fall vorhanden.

Auf die Frage, wie es gelingen kann, die von Armut betroffenen Familien wieder in existenzsichernde Arbeit zu bringen, antwortete Dr. Jens Regg,

dass die Möglichkeiten der Agentur für Arbeit begrenzt seien. Die Maßnahmen wirkten eher temporär und seien nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Je länger Menschen Hartz IV bezögen, desto schwieriger würde es, die Menschen dort rauszuholen. Teilweise würde z.B. bereits eine gute Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit und örtlichen Vereinen stattfinden, solche Programme, in denen mehrere Partner zusammenarbeiten, könnten zukünftig viel bringen. Es käme bei der Beratung aber auch immer auf den einzelnen Berater an. Besonders für Berlin gelte, dass zwar die infrastrukturellen Rahmenbedingungen gut seien, es aber dennoch schwer würde, ein Arbeitseinkommen zu erzielen, von dem man eine Familie ernähren kann – auch vollzeitbeschäftigt. Berlin wies Spitzenwerte für die prekäre Beschäftigung im Bereich der 400 bis 800 Euro-Jobs auf. Was die Agentur tun könne, sei bei weitem nicht genug angesichts der vielfältigen Facetten von Armut und Integration. Man müsse schon viel früher ansetzen als erst beim Berufseintritt.

Gefragt nach den Ergebnissen des Europäischen Jahres 2010 wies Thomas Mann darauf hin, dass Anfang des Jahres 2011 eine Bilanz gezogen würde. Die Ergebnisse sollen weiter genutzt werden und neue Schritte seien bereits eingeleitet. Die Debatten des Europäischen



Parlaments dazu seien öffentlich und damit für jeden ersichtlich, was entschieden wird. Darüber hinaus arbeite die Europäische Union weiterhin an der EU-Kinderrechtsstrategie, die ebenfalls armutsrelevante Aspekte enthielte.

Aus dem Publikum wurde angemerkt, dass die von Europa ausgehenden Liberalisierungsstrategien die gegenwärtigen Armutsentwicklungen ermöglicht haben. Man sollte nicht nur auf die Sozialpolitik schauen, ohne die grundsätzliche politische Ausrichtung zu berücksichtigen. Die Frage sei auch: was trägt Europa selbst zur Armut bei? Das aktuelle politische Handeln



auch hier in Deutschland zeige keine Ergebnisse im Kampf gegen Armut sondern produziere Armut.

Dr. Grabka ergänzte, dass die erwähnten Modellprojekte zwar gut seien, aber letztlich Symbolpolitik blieben.

Das aktuelle Sparpaket der deutschen Regierung kürze vor allem im Bereich Soziales, gerade auch bei den Instrumenten zur Arbeitsvermittlung. Damit treffe man gerade die Personen, die schon unter Armut leiden und würde diese noch mehr verschärfen. Kritisiert wurde auch die Entscheidung Deutschlands, den Indikator Erwerbslosenhaushalte zur Armutsmessung im Rahmen der Strategie Europa 2020 zu verwenden, das Fehlen eines einheitlichen Mindestlohns sowie die sinkende Empathie in der Gesellschaft.

Die Podiumsteilnehmer nannten als wichtigste Ansatzpunkte für eine zielführende und effektive Politik der Armutsbekämpfung:

- die Stärkung der elterlichen Verantwortung für das Wohl der Kinder und die gemeinsame Anstrengung zusammen mit den Schulen, um die Kinder zu befähigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen
- Hinhören, Zuhören und mit den Kindern und Jugendlichen ins Gespräch kommen
- Eine Bildung, die jedes Kind bestmöglich fördert
- Eine Politik, die Weichen stellt statt Einzelprojekte zu fördern, sowie ein gesellschaftliches Klima der Empathie.



Deutscher Familienverband (DFV) · Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf) · Familienbund der Katholiken (FDK)
Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) · Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf)

Kontakt und Informationen:

AGF e.V.
Courbièrest. 12
10787 Berlin
www.ag-familie.de

Tel: +49(0)30-21962-513
Fax: +49(0)30-21962-638
info@ag-familie.de

Die AGF wird gefördert vom:

